

Erhebt wöchentl. zweifmal. Inhalt: Monats-Bericht: „Der Weltmarkt“, „Wohlfahrt“, „Kunst- und Technik“, „Sport“, „Politik“, „Literatur“, „Wissenschaft“, „Wirtschaft“, „Haus Hof Garten“, „Jede Woche Musik“, „Haus Hof Garten“, „Jede Woche Musik“



Verleger: Rudolf Wolff in Berlin. Druck: Rudolf Wolff in Berlin. Adressen: Hauptpostamt SW. 19, Charlottenburg, Wilhelmstr. 100, etc.

Berliner Tageblatt

Nr. 356 Ausgabe für Berlin und Handels-Zeitung 56. Jahrgang Sonnabend, 30. Juli 1927

Wo stehen wir?

von M. J. Bonn. (Schwarz verboten.)

Der neueste Bericht des Reparationsagenten, der trotz Anerkennung der erzielten Leistungen ebenso wie seine Vorgänger eine Anzahl ernsthafter, kritischer Ausstellungen an der deutschen Finanz- und Wirtschaftsgewandtheit enthält, hat in Deutschland trotz einzelner Ausnahmen nicht die Beachtung gefunden, die er verdient. Das hängt damit zusammen, daß nicht der Schuldfrage die Forderung nach Revision des Dawes-Plans das beliebteste Tätigkeitsfeld der inmerdeutschen Propaganda ist; einer Propaganda, die sich die Arbeit sehr leicht macht. An und für sich sollte ein einigermaßen intelligenter Mensch es für überflüssig halten, das deutsche Volk darüber aufzuklären, daß die 2 1/2 Milliarden Goldmark, die im Normaljahr für die Erfüllung des Dawes-Plans zu zahlen sind, aus den Taschen des deutschen Steuerzahlers gehen und daher eine schwere Belastung für dieses darstellen. In der Kriegsschuldfrage mag es ein paar verlässliche Fanatiker geben, die in brünnigen Flammengleichheit die Kleinigkeit Deutschlands verschlingen. Finanzjournale Flammengleichheit gibt es nirgends.

Eine Propaganda könnte einen doppelten Zweck haben: Sie könnte einmal die deutsche Öffentlichkeit über das wirkliche Wesen des Dawes-Plans und die daraus erwachsenden Gefahren aufklären. Dabei darf man die Dinge nicht so darstellen, wie sie einem bequemer erscheinen und sich vom deutschen Standpunkt besonders günstig interpretieren lassen, sondern man muß auf die wirklichen Gefahren hinweisen, die die Anführungslosigkeit des Dawes-Plans enthält. Man kann nicht sagen, daß diese Aufgabe trotz emsiger Betriebsamkeit gelöst worden ist. Die Leute, die den Dawes-Plan wirklich kennen und ihn nicht so auslegen, wie es der jeweiligen innenpolitischen Konjunktur entspricht, sind zu zählen.

Die zweite Aufgabe wäre, dem Ausland, insbesondere dem an deutschen Zahlungen interessierten, ehemals feindlichen Ausland, klarzumachen, welche Folge ein erneuter wirtschaftlicher Zusammenbruch Deutschlands hätte, wenn der Dawes-Plan sich nicht selbsttätig umschalten ließe. Wäre demokrationische Wiederholungen genügen dazu nicht. Es ist insbesondere gefährlich, jede in Deutschland aufgetauchte Schwierigkeit als Folge des Dawes-Plans hinzustellen. Schreiben mag ein gutes Agitationsmittel sein. Man muß aber richtig schreiben und nicht zu früh.

Das Eigenartige am Dawes-Plan ist, daß er formal nicht scheitern kann, da er eine selbsttätige Anpassung an die Leistungsfähigkeit Deutschlands enthält. Ob die jeweils fälligen Verpflichtungen dieser Leistungsfähigkeit entsprechen oder nicht, soll überdies nicht der Entscheidung jäherer, sondern der alliierten Generale überlassen werden, sondern nach objektiven Merkmalen vom Reparationsagenten und vom Übertragungs-ausschuß bestimmt werden. Eine Erklärung der Ueberbelastung seitens deutscher Stellen vor der deutschen Öffentlichkeit ist daher praktisch ebenfalls bedeutungslos, wie es etwa die Erklärung zu geringer Leistungen seitens eines französischen Ministerpräsidenten war, solange der Reparationsagent oder der Übertragungs-ausschuß nicht die eine oder die andere Meinung aussprechen.

Ihre eigentliche Aufgabe ist, ein Maximum von Zahlungen aus Deutschland herauszubekommen. Da das auf die Dauer ohne Spöndner der deutschen Wirtschaft und der deutschen Staatsfinanzen nicht möglich ist, so hat der Reparationsagent dem Gleichgewicht des Staatshaushalts und der Stabilität der deutschen Währung eine besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Man muß sich aber klar darüber sein — er spricht es übrigens deutlich genug in seinem Bericht aus —, daß diese beiden Aufgaben nicht Selbstzweck für ihn sind, sondern Mittel zu einer großzügigen Ausprägung. Ist die Grenze der Leistungsfähigkeit erreicht, so tritt eine vorübergehende Entlastung Deutschlands ein, die schließlich in irgendeiner Form zu einer dauernden entgeltlichen Regelung führen muß. Der Reparationsagent wird seinen Auftraggebern gegenüber — das sind die alliierten Gläubiger — an dem Tage, wo er für die im Plan vorgesehene Entlastung des deutschen Steuerzahlers eintreten muß, eine sehr viel stärkere Stellung haben, wenn er nicht verfrühte deutsche Deflamationen zu wiederholen scheint.

Deutschland ist nach dem Dawes-Plan verpflichtet, aus dem Ertrag der Eisenbahn und der Industrieobligationen, der Verkehrssteuer und der Verbrauchsteuern im Normaljahr zwei einhalb Milliarden Reichsmark dem Reparationsagenten abzuliefern, — die Steigerung durch den Wohlstandsanstieg kann im Augenblick außer acht bleiben. Mit der Einzahlung dieser Summe in die Kasse des Reparationsagenten ist die finanzielle Seite für Deutschland erledigt. Es besteht nun nach menschlichem Ermessen keine Wahrscheinlichkeit dafür, daß diese Einzahlungen nicht glatt eingehen werden. Die Reichsbahn wird ihre 660 Millionen Mark abwerfen und dazu 200 Millionen Verkehrssteuer. Die Industrieobligationen

Zentrum und Reichsbanner.

Die republikanische Jugend an Marx.

„Wir werden nicht vergessen...“
(Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 29. Juli.
Die jungrepublikanischen Verbände Münchens haben an den Reichstagsler, der sich bekanntlich zurzeit in Baden aufhält, einen offenen Brief geschickt, dessen wichtigste Sätze die folgenden sind: „Nachdem Sie die deutschen Republikanern seit Jahresfrist durch Ihre politischen Handlungen fortgesetzt enttäuscht haben, ist Ihr Austritt aus dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold für uns keine Ueberraschung mehr. Sie mögen für diesen Schritt Gründe haben, die Ihnen selbst überzeugend scheinen. Wir jungen Republikanern sehen nur, daß ein Mann, zu dem wir einst in der entscheidenden Stunde der Reichspräsidentenwahl trotz mancher inneren Geminnung in Zuversicht und Treue gehalten haben, diese Treue nicht erwidert hat. Dem demokratischen Fortschritt, den Sie als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl versprochen, dienen Sie als Reichstagsler, indem Sie das wichtigste innenpolitische Ressort einem Mitglied jener antidemokratischen Partei ausliefern, die damals Ihr schärfster Gegner war. Als Wegbereiter außenpolitischer Freiheit erwiesen Sie sich, als ohne Ihren Widerspruch Graf Westarp die deutsche Jugend den Engländern für einen Kampf gegen Rußland anbieten durfte. Die sozialen Ergründungen Ihrer Reichstagslerität sind die Zollerhöhungen, die dem deutschen Volke die Lebensmittel verteuert haben. Bei Ihrem Wirken für die großdeutsche Einigkeit Republik haben Sie ruhig zugehört, wie die größte Partei Ihrer Regierung ihre Gegnerschaft gegen den Anstich des Reichstagsler durch die Presse bekanntgab. Als vor neun Jahren das deutsche Volk von seinen Führern im Stich gelassen wurde, da erkannte es, daß es von den Gefohlenen für viele Zwecke benutzt worden war, die nicht die seinen waren. Auch bei Ihrem Scheitern aus dem Reichsbanner können wir uns, Herr Reichstagsler, sehr bitterer Gefühle nicht erwehren. Sie haben die Begeisterung der republikanischen Jugend vergessen. Wir werden nicht vergessen, wie Sie uns dafür gedankt haben.“ Unterzeichnet ist dies erschröckliche deutsche Schreiben von der Jungdemokratischen Arbeitsgemeinschaft der Jungmannschaft des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, dem Kartell

republikanischer Studenten, der Gemeinschaft sozialistischer Studenten und dem Klub demokratischer Studenten.

Eine Stimme vom rechten Zentrumslügel.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 29. Juli.
Zu dem Beschluß des Zentrums, am Reichsbanner festzuhalten, schreibt die dem rechten Flügel der Zentrumspartei angehörende „Schlesische Volkszeitung“ in Breslau mit deutlicher Spitze gegen die Reichspartei: „Die Tatsache ist von ausschlaggebender Wichtigkeit, daß durch die Berge von Feitartikeln der Reichspresse sich als roter Faden der kaum verhaltene Gerzengleichheit zieht, das Zentrum zum offenen Bruch mit dem Reichsbanner zu bringen. Gerade dieser Wunsch müßte aber zu größter Vorsicht mahnen. Prinzipiell lehnt das Zentrum ja bekanntlich alle politischen Verbände ab. Praktisch lag in den vergangenen Jahren die Sache jedoch so, daß die Gründung des Reichsbanners eine direkte staatspolitische Notwendigkeit für die junge Republik wurde, die unangeseht im Trommelfeuer der Reichsparteien stand. Wäre das nicht ja gewesen, dann wären Marx, Wirth, Koehler und viele andere damals nicht dem Reichsbanner beigetreten. Wir müssen objektiv auch zugeben, daß das Reichsbanner durch sein hohes Vorhandensein, durch das laminarartige Anschließen seiner Mitgliedschaft die ihm in den unruhigen Zeit seiner Gründung gestellte Aufgabe erfüllte und wesentliches für den Bestand der neuen Staatsform leistete. Eine kühle Betrachtung muß dahin führen, daß diese eine verurteilenswerte Depesche des Reichsbannerführers Göring wahrhaftig eine neue innere Krise nicht wert ist, jene Depesche, die übrigens von den verantwortlichen Sozialdemokraten und Demokraten ebenso beurteilt worden ist wie von den Deutschnationalen. Die dem Gesamtzentrum von den Reichsparteien als Pflicht auferlegte neue Stellungnahme ist mit aller Sachfertigkeit nicht zu benehnen. Ueberflüssig wird das Reichsbanner sofort in den Augenblick, wo sich die unterirdischen Verbände und die noch weiter bestehende Kampfororganisation auf den Boden der Verfassung stellen und den oft unwürdig geschäftigen Kampfen gegen die heutige Staatsform ihre Präferenzen und überzeugten Anhänger einstellen. Die Frage des Reichsbanners muß also von den Reichsverbänden selbst in befriedigender Weise gelöst werden.“

werden mit ihren 300 Millionen Mark nicht im Rückstand bleiben, — wenn Verzug eintreten und das Reich nicht aus anderen Quellen einspringen würde, so könnte das wertvolle Objekt der Reichsbahn unter Umständen in die Hände der fremden Gläubiger gelangen. Es gehen heute aus Verbrauchsausgaben und Zöllen bereits 2 1/2 Milliarden Mark ein. Das reicht nicht nur aus, die 1250 Millionen zu bezahlen, die aus Verbrauchsausgaben und Zöllen zu leisten sind, es könnte auch der Ausfall der gesamten Obligationszahlung wieder gut gemacht werden. Der Kommissar für die verpfändeten Einkünfte kann darauf hinweisen, daß seine Forderungen für das Normaljahr heute bereits doppelt bedekt sind. Das deutsche Volk müßte sich Rauchen und Trinken völlig abgewöhnen, und die deutsche Regierung müßte sich ausschließlich auf wenige Finanzjohle beschränken, ehe die Eingänge unter die aufzubringenden Beträge fallen können. Die Gegner des Dawes-Plans haben sich die einzig gute Gelegenheit zur Propaganda entgehen lassen, sind nicht im Land herumgezogen, um Nichts und Nichts zu predigen; je begeisterter die Neben gewesen sind, desto höher dürften sogar die Tabakwolken und desto größer der Alkoholismus gewesen sein. Hätte ein solcher Feldzug den Erfolg gehabt, das Aufkommen aus den verpfändeten Einnahmen im Jahre 1926/27 unter einer Milliarde und im Jahre 1927/28 unter 1250 Millionen Mark zu halten; das deutsche Volk hätte 300 Millionen Zufugszahlungen gepart, die infolge des sogenannten kleinen Jnder zu zahlen waren. Im dritten Reparationsjahr, wo der Reparationsagent mit Zufugszahlungen 1500 Millionen Mark zu fordern hat, werden über 3 1/2 Milliarden durch seine Kasse laufen. Er wird also über 1 1/2 Milliarden dem Reich zur freien Verfügung zurückgeben können. Wenn die Normalzahlungen von 2 1/2 Milliarden beginnen, werden überall Reservefonds in folchem Umfang vorhanden sein, daß die Wirkungen jeder normalen Wirtschaftskrise automatisch überdrückt werden.

Auf dem verpfändeten Budget wird also die Sache völlig glatt laufen. Dagegen wird das freie Budget, das heißt die Gesamtheit der Einnahmen, die dem Reich und den Ländern ohne Kontrolle durch den Reparationsagenten zur Verfügung stehen, auf die Dauer der Befriedigung der deutschen Bedürfnisse unter Umständen nicht genügen können. Wenn die großen Zahlungen des Normaljahres einsehen, wird der Reparationsagent, insbesondere in schlechten Jahren, dem Reich

nur geringe Ueberflüsse aus den verpfändeten Einnahmen zurückgeben können. Dann droht die Gefahr, daß das Gleichgewicht des freien Budgets erschüttert und damit die Aufgabe des Reparationsagenten unmöglich gemacht wird.

Wird der Reparationsagent dann im Interesse des Gleichgewichts des deutschen Budgets eingreifen? Die Interessen seiner Mandanten sind unmittelbar nicht gefährdet, solange die verpfändeten Einnahmen einen Ueberfluß ergeben. Ein Defizit des deutschen Budgets bedroht sie nur, wenn das gestörte Gleichgewicht zu einer Erschröckerung der Währung durch Inflation führt. Seine Auffassung der Lage wird von zwei Momenten beeinflusst werden: Er muß die Ueberzeugung haben, daß die deutschen Steuerleistungen nicht erhöht werden können, weil jede Erhöhung eine rückläufige Bewegung zur Folge haben würde. Er muß überdies der Meinung sein, daß die deutsche Ausgabenwirkung über die Mindestbedürfnisse eines Schuldners nicht hinausgeht. Er muß daher von Sparmark, Solidarität und Durchsichtigkeit der deutschen Finanzverwaltung überzeugt sein. Aus seinem letzten Bericht geht das Gegenteil leider deutlich hervor. Es geht aber weiter aus ihm hervor, daß er im Falle der Kollision deutscher und alliierter Interessen nicht gewillt ist, der Lebenswichtigkeit der deutschen Interessen ohne weiteres den Vorrang zuzugestehen. An einer Stelle, wo er über die neuen Schulden des Reiches spricht, hebt er ausdrücklich den § 248 des Friedensvertrags hervor, nach dem die deutschen Anleihegläubiger, auch die Inhaber der Aufwertungsanleihe der Tatsache eigenent sein müßten, daß die Reparationszahlungen die Priorität vor ihren Ansprüchen hätten. Er betont an anderer Stelle, daß nach dem Friedensvertrag auch die Einkünfte der Länder für Reparationsforderungen hatten, soweit die Reparationskommission nicht auf ihre Priorität verzichtet habe.

Die Sachverhältnisse haben nicht angenommen, daß die Einzahlung von 2 1/2 Milliarden Mark nicht zunächst auf das Konto des Reparationsagenten zu Schwierigkeiten führen werde. Sie haben immer eine optimistische Auffassung vom deutschen Reichshaushalt gehabt; imweilten hat die Erfahrung ihnen recht gegeben. Den Gefahrenpunkt legen sie in der Ueberweisung ins Ausland. Die Ueberweisung darf ihrer Meinung nach die deutsche Währung nicht erschüttern. Sie haben daher Vorkehrungen getroffen, daß eine selbsttätige